

23. November 2008 17:43 Uhr

DEMONSTRANTEN FORDERN MEHR WEITSICHT VON TIEFENSEE

Kampf gegen Bahnpläne wird heftiger

Sollte Bundesverkehrsminister Tiefensee die Bahn nicht dazu veranlassen, am Oberrhein eine andere als die von der Bahn gewünschte bahnparallele Trasse zu planen und entsprechend Geld zur Verfügung zu stellen, gibt es bei der Bundestagswahl eine auf die Mütze.

Von der Landesregierung wird erwartet, dass sie "Baden 21" gegenüber dem Bund mit der gleichen Vehemenz vertritt und durchsetzt, wie jetzt Stuttgart 21. Das ist die politische Botschaft, die von der Großdemonstration am Samstag in Lahr ausgeht.

Etwa 1500 Menschen, darunter wohl die Hälfte aus den südlich von Lahr gelegenen Regionen, hatten sich am Samstag bei widrigem Wetter am Schlossplatz versammelt, um mit

Blick nach Stuttgart und nach Berlin klar zu machen, was in der Region gewünscht wird. Und das fast geschlossen. "Der schwarze Peter liegt bei der Politik", hatte unmissverständlich Roland Diehl, der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Bahnprotest an Ober- und Hochrhein (IG BOHR), den im Lauf der Zeit frierenden Kundgebungsteilnehmer mit auf den Weg gegeben.

Diehl: "Wir brauchen neue Gesetze oder mehr Geld für den Bahnausbau"

Es gebe nur zwei Möglichkeiten, die menschenverachtende Planung der Bahn vom Tisch zu bringen: Entweder müsse der Bund als Gesetzgeber neue Gesetze auf den Weg bringen oder aber mehr Geld für den Bahnausbau am Oberrhein bereitstellen. Schließlich sei der Bund noch immer Alleineigentümer der Bahn und damit auch für eine verträgliche Trasse verantwortlich.

Die in der IG BOHR zusammengeschlossenen acht Bürgerinitiativen, darunter auch die Lahrer, verlangen unter dem Stichwort Baden 21 unter anderen den einröhrigen Güterzugtunnel in Offenburg, von Offenburg-Süd bis nach Riegel eine Güterzugtrasse entlang der Autobahn, eine mit Lärmschutz optimierte Güterzugtrasse bis Tiengen, die Bürgertrasse in teilgedeckelter Tieflage bis südlich von Buggingen und schließlich die gedeckelte Tieflage in Weil-Haltingen. Die bisherige Planung der Bahn parallel zur bestehenden Trasse sei Menschenfeindlich, eine Planung gegen die Bürger gefährde nicht nur den Frieden in der Region, sie werde auf jeden Fall auch bis zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig angegriffen. "Wir brauchen Ihre Unterstützung", mahnte auf dem Schlossplatz auch Oberbürgermeister Wolfgang G. Müller die Lahrer. Das



IG BOHR-Sprecher Roland Diehl ermuntert zum Kampf gegen die Bahnpläne | Foto: Wolfgang Künstle

dritte und vierte Gleis müssten so lärmschonend wie möglich angelegt werden, nämlich östlich der Autobahn. Müller beklagte die technokratische Kälte, die die Bahnmanager bei der Verteidigung der bisherigen Planung ungeachtet aller Gespräche und Einwendungen an den Tag legen. Das könne niemand verstehen. "Geht man so mit Kunden um?", so seine rhetorische Frage. "Freiburg steht solidarisch zu den Plänen der IG BOHR", betonte Freiburgs Bürgermeister Otto Neideck als Vorsitzender der Regionalversammlung. Eine große Mehrheit der Regionalversammlung habe sich für eine autobahnparallele Trasse zwischen Offenburg und Riegel ausgesprochen. "Die Menschen müssen mit der neuen Trasse leben können und wir brauchen auch keinen Schienenbonus mehr", so die Meinung des Regionalpolitikers.

Benz: "Wer Milliarden für die Banken hat, hat auch Geld für den Bahnausbau"

Auch der Emmendinger Landrat Hanno Hurth forderte den Bund als Eigentümer auf, die Bahnplanung zu korrigieren. 450 Züge am Tag, darunter 300 laute Güterzüge würden allein in Herbolzheim und Kenzingen durch die Stadt fahren, so auch in Lahr. Das sei unzumutbar. Eine autobahnparallele Trasse bringe zwar neue Betroffenheiten, aber deren Auswirkungen seien erheblich geringer als das, was von der bisherigen Bahnplanung drohe. Mehr Weitsicht bei der Bahn und bei der Bundesregierung als Eigentümer mahnte Mahlbergs Bürgermeister Benz an. Würde man das dritte und vierte Gleis an die Autobahn legen, wäre ein viel effektiverer Lärmschutz möglich. Wer in wenigen Tagen Milliarden von Euro für Projekte wie Stuttgart 21 oder für Banken bereitstellen könne, der dürfe nicht mehr sagen, es sei kein Geld vorhanden.

Autor: bko